

**TOP 2: Tagesordnung der 975. Sitzung des Bundesrates
am 15. März 2019**

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 975. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 15. März 2019¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 2/2019 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. „Grüne Liste“).

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

- 1. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e)**

gemäß Artikel 79 Absatz 2 GG
Drucksache 88/19

Zustimmung zum Gesetz.

- 4. Gesetz über steuerliche und weitere Begleitregelungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Brexit-Steuerbegleitgesetz - Brexit-StBG)**

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 84/19
Drucksache 84/1/19

Zustimmung zum Gesetz und Fassen der Begleitschließung gemäß Drs. 84/1/19.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

7. Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 89/19

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Schleswig-Holstein
Drucksache 621/18
Drucksache 621/1/18

Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Ziffer 2 der Drs. 621/1/18. Keine Zustimmung zu Ziffer 1.

10. Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes - Einführung einer eigenständigen Strafbarkeit für das Betreiben von internetbasierten Handelsplattformen für illegale Waren und Dienstleistungen

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen
Drucksache 33/19
Drucksache 33/1/19

Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Drs. 33/1/19 ohne Ziffern 1-4. Zustimmung zur Schlussabstimmung.

12. Entwurf eines Gesetzes zur Ausweitung der Auskunftsrechte der Gerichtsvollzieher

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 94/19

Überweisung in die Ausschüsse.

13. Entschließung des Bundesrates "Arbeitszeiten an die Herausforderungen der digitalisierten Arbeitswelt anpassen"

Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 24/19
Drucksache 24/1/19

Keine Zustimmung zum Fassen der Entschließung.

14. Entschließung des Bundesrates: "Arbeitnehmerrechte für Paketbotinnen und Paketboten sichern; Nachunternehmerhaftung für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge auf die Unternehmen der Zustellbranche ausweiten"

Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 92/19

Überweisung in die Ausschüsse.

16. Entschließung des Bundesrates: "Betretungsrechte für Tierschutzkontrollen in Verarbeitungsbetrieben für Tierische Nebenprodukte und Rückverfolgbarkeit von Falltieren"

Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 93/19

Überweisung in die Ausschüsse.

17. Entschlieung des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung

Antrag der Länder Hamburg, Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 106/19

Überweisung in die Ausschüsse.

18. a) Entschlieung des Bundesrates zum Verbot von Mikroplastik in Kosmetika

Antrag des Freistaates Bayern
Drucksache 22/19
Drucksache 22/1/19

b) Entschlieung des Bundesrates zur Einschränkung von Mikroplastikeintrgen

Antrag der Länder Hamburg, Thüringen und Berlin
Drucksache 73/19
Drucksache 22/1/19

Fassen gemäß Ziffern 1 a) – f) und h) der Drs. 22/1/19. Keine Zustimmung zu Ziffer 1 g) und in der Schlussabstimmung. (Ziffern 2 -4 sind entfallen.)

19. Entschlieung des Bundesrates für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung in Deutschland

Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Drucksache 67/19
Drucksache 67/1/19

Zustimmung zum Fassen der Entschlieung gemäß Drs. 67/2/19 ohne die Sätze 2 und 3 von Buchstabe d der Ziffer 1 und ohne Ziffer 4. Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 76/2/19. Zustimmung zur Schlussabstimmung.

20. Entschlieung des Bundesrates zum Transport von Gefahrgut auf Grocontainerschiffen

Antrag der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein
und Mecklenburg-Vorpommern
Drucksache 68/19
Drucksache 68/1/19

Fassen der EntschlieÙung gemäß Drs. 68/1/19. Zustimmung zur
Schlussabstimmung.

23. Entwurf eines Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 53/19
Drucksache 53/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 630/1/18 ohne die Ziffern 4, 14, 16, 18, 21, 38.

24. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz - 2. DAVG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 54/19
Drucksache 54/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 54/1/19 ohne die Ziffern 1 – 4, 8 – 11 und 17.

Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 54/3/19. Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 54/

25. Entwurf eines Sechszwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BAföGÄndG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 55/19
Drucksache 55/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 55/1/19 ohne die Ziffern 6 und 14.

29. Klimaschutzbericht 2018

Drucksache 76/19
Drucksache 76/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 76/1/19 ohne die Worte „gezielte Steuerung der Verkehrsnachfrage und die“ in Ziffer 12.

31. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 in Bezug auf Vorschriften für Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte inländische Lieferungen von Gegenständen COM(2018) 819 final; Ratsdok. 15471/18

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 634/18
zu Drucksache 634/18
Drucksache 634/1/18

Stellungnahme gemäß Drs. 634/1/18 ohne die Ziffer 5.

32. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Einführung bestimmter Anforderungen für Zahlungsdienstleister COM(2018) 812 final; Ratsdok. 15508/18

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 638/18
zu Drucksache 638/18
Drucksache 638/1/18

Stellungnahme gemäß Drs. 638/1/18 ohne die Ziffer 7.

33. Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 im Hinblick auf die Stärkung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Betrugsbekämpfung COM(2018) 813 final; Ratsdok. 15509/18

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG

Drucksache 639/18

zu Drucksache 639/18
Drucksache 639/1/18

Stellungnahme gemäß Drs. 639/1/18 ohne die Ziffer 6.

- 34. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 hinsichtlich bestimmter Vorschriften für den Europäischen Meeres- und Fischereifonds aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Union COM(2019) 48 final; Ratsdok. 5668/19**

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 49/19
zu Drucksache 49/19
Drucksache 49/1/19

Stellungnahme gemäß Drs. 49/1/19.

- 35. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 COM(2016) 815 final; Ratsdok. 15642/16**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 761/16
zu Drucksache 761/16
Drucksache 95/19

Stellungnahme gemäß Drs. 95/19.

- 40. Verordnung zur Bereinigung der Eisenbahn-Verkehrsordnung**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 44/19
Drucksache 44/1/19

Zustimmung zur Verordnung gemäß Drs. 44/1/19. Zustimmung in der Schlussabstimmung.

44. Erstes Gesetz zur Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Geschäftsordnungsantrag des Freistaates Bayern
Drucksache 26/19

Der TOP wurde abgesetzt.

45. EntschlieÙung des Bundesrates: Erhöhung der Förderquoten im Bundesförderprogramm Breitband

Antrag des Landes Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 111/19

Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zum Fassen der EntschlieÙung.

46. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 113/19

Überweisung in die Ausschüsse.

47. EntschlieÙung des Bundesrates: Altersvorsorge verbessern - Altersarmut bekämpfen

Antrag des Landes Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 116/19

Überweisung in die Ausschüsse.

49. Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 117/19

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.

50. Neuntes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 118/19

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde nicht gestellt.

51. Gesetz zur Erteilung der Zustimmung nach § 7 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 des Integrationsverantwortungsgesetzes zu dem Vorschlag einer Satzungsänderung der Europäischen Investitionsbank vom 15. Oktober 2018

gemäß Artikel 23 Absatz 2 GG
Drucksache 119/19

Zustimmung zum Gesetz.

52. Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Menschenrechte

gemäß § 6 Absatz 3 Nummer 9 DIMRG
Drucksache 107/19
Drucksache 107/1/19

Benennung gemäß Drs. 107/1/19.

Umdruck 2/2019 („Grüne Liste“)

Zu den Punkten 2, 3, 5, 6, 8, 11, 15, 21, 22, 26 bis 28, 30, 36 bis 39, 41 bis 43 und 48 der Tagesordnung der 975. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 15. März 2019, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Zu den Gesetzen einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

2. **Gesetz zu Übergangsregelungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 82/19
Ausschussbeteiligung

- A/S -

3. **Drittes Gesetz zur Änderung des Seearbeitsgesetzes**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 83/19 (neu)
Ausschussbeteiligung

- A/S -

5. **Zweites Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 85/19
Ausschussbeteiligung

- G -

6. **Drittes Gesetz zur Änderung des BDBOS-Gesetzes**

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG

Drucksache 86/19

Ausschussbeteiligung

- *ln* -

II.

Dem Gesetz zuzustimmen:

8. **Gesetz zur Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 87/19

Ausschussbeteiligung

- *VK* -

III.

Den Gesetzentwurf nach Maßgabe der in der zitierten Empfehlungsdrucksache angeführten Änderungen beim Deutschen Bundestag einzubringen und gemäß § 33 GO BR einen Beauftragten zu bestellen:

11. **Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Hafenplanungen (Hafenplanungsbeschleunigungsgesetz)**

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG

Antrag der Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Niedersachsen, Schleswig-Holstein

Drucksache 70/19

Drucksache 70/1/19

Ausschussbeteiligung

- *R – VK – Wi* -

IV.

Die Entschlieung nach Maßgabe der in der Empfehlungsdrucksache wiedergegebenen **Änderungen** zu fassen:

15. Entschlieung des Bundesrates: Einführung von kameragestützten Überwachungssystemen in Schlachthöfen zur Verbesserung des Tierschutzes für Schlachttiere

Antrag der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen
Drucksache 69/19
Drucksache 69/1/19
Ausschussbeteiligung - AV -

V.

Gegen die Gesetzentwürfe keine Einwendungen zu erheben:

21. Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 80/19
Ausschussbeteiligung - EU - AIS - FJ -
- G - Wi -

22. Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Ausführung der EU-Prospektverordnung und zur Änderung von Finanzmarktgesetzen

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 52/19
Ausschussbeteiligung - Fz - R - Wi -

27. Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 11. Juni 2014 zum Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 57/19
Ausschussbeteiligung

- A/S -

VI.

Zu dem Gesetzentwurf die in der zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegebene Stellungnahme abzugeben:

26. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fahrlehrergesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 56/19
Drucksache 56/1/19²
Ausschussbeteiligung

- Vk - A/S - G -
- Wi -

VII.

Zu den Vorlagen die Stellungnahmen abzugeben oder ihnen nach Maßgabe der Empfehlungen zuzustimmen, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdrucksache wiedergegeben sind:

28. Zwischenbericht zur Funktionsweise der Allgemeinen Verbraucherschlichtungsstelle

gemäß § 43 Absatz 3 VSBG
Drucksache 650/18
Drucksache 650/1/18³
Ausschussbeteiligung

- R - AV -

² AIS und G empfehlen, keine Einwendungen zu erheben.

³ R empfiehlt Kenntnisnahme.

41. Erste Verordnung zur Änderung der Mess- und Eichgebührenverordnung und der Mess- und Eichverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 51/19

Drucksache 51/1/19⁴

Ausschussbeteiligung

- Wi - Fz -

VIII.

Von den Vorlagen Kenntnis zu nehmen:

30. a) Jahresgutachten 2018/2019 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

gemäß § 6 Absatz 1 SachvRatG

Drucksache 579/18

Ausschussbeteiligung

- Wi -

30. b) Jahreswirtschaftsbericht 2019 der Bundesregierung

gemäß § 2 Absatz 1 StabG

Drucksache 65/19

Ausschussbeteiligung

- Wi -

⁴ Fz empfiehlt Zustimmung ohne Änderungen.

IX.

Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:

36. Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 42/19

Ausschussbeteiligung

- A/S -

37. Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2019

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 50/19

zu Drucksache 50/19

Ausschussbeteiligung

- Fz -

38. Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 43/19

Ausschussbeteiligung

- G - AV -

39. Verordnung zur Anpassung von Verordnungen zum Bundesmeldegesetz an die Verordnung (EU) 2016/679

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 41/19

Ausschussbeteiligung

- In -

X.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

42. Benennung eines Mitglieds für den Beirat Deutschlandstipendium beim Bundesministerium für Bildung und Forschung

gemäß § 12 StipG i.V.m. § 5 StipV
Drucksache 79/19
Drucksache 79/1/19
Ausschussbeteiligung

- K -

48. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Eisenbahninfrastrukturbeirat

gemäß § 4 Absatz 4 BEVVG
Drucksache 122/19

XI.

Zu den Verfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:

43. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Drucksache 77/19
zu Drucksache 77/19
Ausschussbeteiligung

- R -

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen. Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdrucksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdrucksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachenummerierung eingeschoben. Die Grunddrucksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdrucksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-ple-num/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 975. Plenarsitzung sind unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/975/download/975-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.